

alliance*sud*

Arbeitsgemeinschaft Swissaid | Fastenopfer | Brot für alle | Helvetas | Caritas | Heks | [www.alliancesud.ch](http://www.alliancesud.ch)



## Zucker: Arme Länder bezahlen für Schweizer Notvorrat

Doha-Runde: Abbrechen statt Weiterwursteln

EU-Entwicklungshilfe: Eigennutz hat Aufwind

IWF-Reform: Schweizer Wackelsitz

## Knigge für Landgrabbing

*ml* Der Verkauf von Landwirtschaftsböden an Staaten und Privatinvestoren, das sogenannte Landgrabbing, nimmt massiv zu. Für die Bevölkerung in den betroffenen Ländern hat es schwerwiegende Auswirkungen. Die Weltbank und die Uno wollen daher bis Ende 2010 einen Code of Conduct erarbeiten. Diese Richtlinien wären freiwillig, Verstösse würden nicht geahndet. Die Erfahrung zeigt (siehe Global Compact für Multis), dass unverbindliche Leitlinien Papiertiger bleiben. Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) beteiligt sich an den Diskussionen um den Code of Conduct und möchte vor allem Menschenrechtsfragen einbringen. Die Deza vertritt die Meinung, der Verkauf oder die langjährige Verpachtung von Agrarland könne dazu beitragen, den Hunger in armen Ländern zu bekämpfen.

## Tobin-Steuer im Aufwind

*mh* Die Idee einer erweiterten Tobin-Steuer auf internationalen Finanztransaktionen wird neu auch im Internationalen Währungsfonds (IWF) diskutiert. Auf Geheiss der G-20 muss der Fonds bis nächsten Frühling eine Studie erarbeiten, wie die

Finanzmärkte sicherer gemacht werden können. IWF-Chef Strauss-Kahn weigerte sich zunächst, darin die Möglichkeit einer Finanztransaktionssteuer einzubeziehen. Im November erhielt er von mehreren Dutzend Nichtregierungsorganisationen, darunter Alliance Sud, einen Protestbrief. Die Organisationen wiesen auf die zahlreichen Vorteile einer solchen Steuer hin. Zwei Tage später gab der Chefökonom des IWF bekannt, der Fonds werde den Vorschlag in seiner Studie mitberücksichtigen.

## CO<sub>2</sub>-Ablasshandel mit zweifelhafter Wirkung

*pn* Responsibletravel, einer der grössten US-Anbieter für ökologisch bewusstes Reisen, stellte im November sein CO<sub>2</sub>-Kompensationsprogramm ein. Es sei unklar, ob das Programm tatsächlich zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen beitrage oder nicht eher die KundInnen ermutige, noch mehr zu fliegen. CO<sub>2</sub>-Kompensationen sind (auch) in den USA ein Multimillionen-Geschäft. Für einen Aufpreis von 4 bis 40 Dollar können Reisende die Flug-Emissionen «kompensieren». Die Erträge werden in emissionsenkende Projekte investiert, oft in Aufforstungen, wobei Bäume ihre volle

CO<sub>2</sub>-absorbierende Kraft erst nach Jahrzehnten gewinnen, während die Flugemissionen sofort anfallen. Zudem ist es schwierig, die Wirkung der Kompensationsprojekte zu messen. Viel wirksamer wäre es, das Fliegen einzuschränken.

**EDA-Deza: Umstrittene Synergieeffekte**  
*pn* Zum Reorganisationsprogramm der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) gehört die «Zusammenlegung» ihrer Kommunikationsabteilung und logistischen Dienste (Personalwesen u.a.) mit den vergleichbaren Diensten des Aussenministeriums. Im Falle der Kommunikation wurde dies mit der Beseitigung von widersprüchlichen Stellungnahmen, bei den logistischen Diensten mit möglichen Einsparpotenzialen begründet. Tatsächlich erinnert die EDA-Kommunikationsabteilung heute an den Kreml selig: Journalistische Anfragen an die Deza benötigen Tage bis zur Beantwortung, die Deza-Website verlor an Aktualität. Man hört, die messbare Medienpräsenz der Deza sei um 50 Prozent eingebrochen. Und bei der Zusammenlegung der logistischen Dienste sei umstritten, ob die Deza gleich noch Dienste des EDA mitfinanzieren muss.

## Impressum

### GLOBAL+

erscheint viermal jährlich.

### Herausgeberin:

Alliance Sud  
Arbeitsgemeinschaft  
Swissaid | Fastenopfer | Brot für alle  
Helvetas | Caritas | Heks  
Monbijoustrasse 31, Postfach 6735, 3001 Bern,  
Tel. 031 390 93 30, Fax 031 390 93 31  
E-Mail: globalplus@alliancesud.ch  
www.alliancesud.ch

### Redaktion:

Pepo Hofstetter (ph), Kathrin Spichiger (ks),  
Tel. 031 390 93 34/30

**Grafik:** c.p.a. Clerici Partner AG, Zürich

**Druck:** s+z: gutzumdruck, Brig

**Auflage:** 2500

**Einzelpreis:** Fr. 7.50

**Jahresabo:** 30.–

**Förderabo:** mind. Fr. 50.–

**Insertepreise/Beilagen:** auf Anfrage

**Titelseite:** Keystone (Zuckerverladung in Indonesien)

Die nächste Ausgabe erscheint  
Ende März 2010.

## Alliance Sud auf einen Blick

### Präsident

Antonio Hautle, Direktor Fastenopfer

### Geschäftsstelle

Peter Niggli (Geschäftsleiter), Kathrin Spichiger,  
Franziska Schai, Postfach 6735, 3001 Bern,  
Tel. 031 390 93 30, Fax 031 390 93 31,  
E-Mail: mail@alliancesud.ch

### Entwicklungspolitik

#### – Entwicklungszusammenarbeit

Michèle Laubscher, Tel. 031 390 93 40,  
michele.laubscher@alliancesud.ch

#### – Handel/WTO

Isolda Agazzi/Michel Egger,  
Tel. 021 612 00 95,  
lausanne@alliancesud.ch

#### – Internationale Finanzen

Mark Herkenrath, Tel. 031 390 93 35,  
mark.herkenrath@alliancesud.ch

#### – Medienstelle

Pepo Hofstetter, Tel. 031 390 93 34,  
pepo.hofstetter@alliancesud.ch

#### – Nachhaltige Entwicklung/Gender

Rosmarie Bär, Tel. 031 390 93 32,  
rosmarie.baer@alliancesud.ch

### – Italienische Schweiz

Lavinia Sommaruga, Tel. 091 967 33 66,  
lavinia.sommaruga@alliancesud.ch

### Alliance Sud Expertise

Bruno Stöckli, Tel. 031 390 93 33,  
bruno.stoekli@alliancesud.ch

### Bildungsstelle Urs Fankhauser/Marianne Gujer,

Tel. 031 390 93 39, school@alliancesud.ch

### Dokumentationszentrum Bern

Flavio Haab/Emanuela Tognola/  
Renate Zimmermann, Tel. 031 390 93 37,  
dokumentation@alliancesud.ch

### Regionalstelle Lausanne

Isolda Agazzi/Michel Egger/Frédéric Russbach,  
Tel. 021 612 00 95/Fax 021 612 00 99,  
lausanne@alliancesud.ch

### Dokumentation Lausanne

Line Durussel/Nicolas Derron/Pierre Flatt,  
Tel. 021 612 00 86, doc@alliancesud.ch

### Regionalstelle Lugano

Silvia Carton/Lavinia Sommaruga,  
Tel. 091 967 33 66/Fax 091 966 02 46,  
lugano@alliancesud.ch



Peter Niggli

## Plebiszitäre Strafaktionen

In der Schweiz kommen seit einigen Jahren Themen zur Volksabstimmung, die zur Äusserung einer allgemeinen Meinungsfindlichkeit führen, statt zu politischen Entscheiden. Die Minarettverbot-Abstimmung illustriert das perfekt. Der konkrete Entscheid – Bauverbot für Minarette – spielte nur eine symbolische Rolle. Im Vordergrund stand die Frage, was wir von den Moslems halten. Nichts Gutes, entschied eine Mehrheit der Abstimmenden und verwahrt sich erbost gegen die Minderheit, welche die plebiszitäre Abqualifizierung der Muslime kritisiert.

In den vergangenen Jahren sind verschiedene Minderheiten ins Visier geraten: die Drogensüchtigen, die «Jugos» und Albaner, die «Sozialschmarotzer» und «Pseudoinvaliden», die Deutschen und nun die muslimische Minderheit der Schweiz. Weitere Kandidaten sind denkbar, weshalb etwa die SchweizerInnen jüdischen Glaubens die zur Gewohnheit werdende plebiszitäre Stigmatisierung von Minderheiten mit Besorgnis verfolgen. Manchmal, aber bei Weitem nicht immer, gelang es, mit konkreter Politik das «Problem» zu entschärfen. Das ist auch im Fall der Muslime zu hoffen.

Die plebiszitäre Abstrafung ungeliebter Minderheiten schafft innenpolitische Probleme: Sie behindert ihre Integration ins Einwanderungsland Schweiz. Sie führt zum identitären Rückzug der Problematisierten auf sich selbst. Unter den Muslimen der Schweiz, die in viele unterschiedliche nationale Gruppen zerfallen und deren Religiosität schwach ausgeprägt ist, führen die plebiszitären Prügel überhaupt erst zur Herausbildung eines panislamischen Gemeinschaftsgefühls.

Der Minarettentscheid schafft auch aussenpolitische Probleme. Es nützt nichts, dass die radikal rechten Parteien Europas die Schweiz als Vorbild preisen. Plebiszitäre «Strafaktionen», von denen sich 1,6 Milliarden Muslime und 56 Länder betroffen fühlen, bringen unweigerlich aussenpolitische Retourkutschen hervor. Es scheint den wenigsten Menschen hierzulande bewusst, dass die Schweiz tagtäglich ihre Interessen in einem internationalen Verhandlungsrahmen verteidigen und durchsetzen muss, wozu wir das Verständnis und die Unterstützung anderer Staaten brauchen. Kein Staat der Welt ist heute so «souverän», dass er sich einen Dreck um die Meinung und Interessen der anderen Staaten kümmern müsste. Das ist aber die Stimmung, welche seit Jahren die Kräfte verbreiten, welche die Politik der Stigmatisierung verfolgen.

*Peter Niggli, Geschäftsleiter Alliance Sud*

## Aus dem Inhalt



Seite 6



Seite 8



Seite 10

Bundesrat und 0,5 Prozent  
**5 2:1 fürs Parlament**

EU-Entwicklungspolitik  
**6 Der Primat des Eigennutzes**

Importzölle  
**8 Arme Länder zahlen unsere Notvorräte**

Doha-Runde

**10 Wer profitiert und wer verliert?**

IWF-Reform

**13 Schweizer Sitz wackelt**



# Masterprogramm in Entwicklung und Zusammenarbeit

für Hochschulabsolventen/innen aller Fachrichtungen

**Studienzyklus 2010 – 2012**

In einem 20-monatigen Studium werden Nachwuchskräfte für die Zusammenarbeit  
mit Entwicklungsländern ausgebildet.

(Master of Advanced Studies ETH in Entwicklung und Zusammenarbeit)

---

**Studiensemester**

Multidisziplinäres Vollzeitstudium  
zu Problemen der Entwicklungsländer und  
zur internationalen Zusammenarbeit

**Herbstsemester 2010**

20. 9. 2010 – 15. 1. 2011

---

**Projekteinsatz**

Projektassistenz in einem Entwicklungsland

*Dauer 8 – 10 Monate*

---

**Weiterbildungssemester**

Drei- bis fünftägige Blockkurse (insgesamt 30 Kurstage)  
zu Instrumenten, Methoden und Politikfragen  
der internationalen Zusammenarbeit

**Frühjahrssemester 2012**

20. 2. – 11. 6. 2012

---

**Anmeldung** 1. Januar – 28. Februar 2010  
(ausschliesslich über die Website des  
Zentrums für Weiterbildung der ETH Zürich: [www.zfw.ethz.ch](http://www.zfw.ethz.ch))  
Auskunft [www.nadel.ethz.ch](http://www.nadel.ethz.ch)

## Zurück an den Absender

Der Streit zwischen dem Parlament und dem Bundesrat um die Erhöhung der Entwicklungshilfe auf 0,5 Prozent geht in die nächste Runde. Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats hat den Bericht des Bundesrates, der die Erhöhung verschieben will, zurückgewiesen.



Genau ein Jahr ist es her, seit das Parlament beschloss, die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit bis 2015 auf 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu erhöhen. Dazu verlangte es vom Bundesrat eine Zusatzbotschaft. Sie sollte erklären, wofür das Geld eingesetzt werden soll, und für die Finanzierung in den Jahren 2009–2012 einen Zusatzkredit vorlegen. Doch der Bundesrat verweigerte diesen Auftrag. Er präsentierte stattdessen im Oktober einen Bericht<sup>1</sup> mit der Quintessenz, es gäbe zwar gute Gründe für eine Erhöhung auf 0,5 Prozent. Doch leider fehle das Geld, der Bund müsse sparen.

### Ohrfeige für Merz

Der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats geriet dies in den falschen Hals. Es sei Sache des Parlaments, nicht des Bundesrates, über eine Erhöhung zu entscheiden, hielt sie Ende November fest. Der bundesrätliche Bericht aber enthält keine Entscheidungsgrundlage. Deshalb hat ihn die Kommission zwecks Nachbesserung an den Absender zurückgeschickt. Sie hat sich gleichzeitig geweigert, den Kredit über 10 Milliarden Dollar an den IWF zu beraten, bis eine Vorlage für die Erhöhung der Entwicklungshilfe vorliegt – eine deftige Ohrfeige für Finanzminister Merz.

Das Paradoxe an der Geschichte: Obwohl der Bundesrat die Hilfe zumindest vorläufig nicht erhöhen will, ist sein Bericht ein engagiertes Plädoyer für das 0,5-Prozent-Ziel. Die armen Länder seien wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise mehr denn je auf die Unterstützung von aussen angewiesen, wird darin argumentiert. Die Schweiz aber nehme ihren Lastenanteil nicht wahr und leiste nur halb so viel Entwicklungshilfe wie Industriestaaten, die ebenso wohlhabend seien und ebenfalls zu den Globalisierungsgewinnern gehörten.

### Parlament austricksen

Gleichzeitig verweist der Bericht auf das Problem, dass der Schweizer Einfluss in den multilateralen Finanzierungsinstitutionen stetig schrumpft. Dieser Trend lässt sich bremsen, wenn die Schweiz ihre fi-

nanziellen Beiträge erhöht. Sie stammen im Fall der Weltbank und der regionalen Entwicklungsbanken aus den Budgets der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza). Die Deza-Mittel für die multilaterale Hilfe sind jedoch beschränkt. Das Parlament hat sie letztes Jahr auf 40 Prozent des Deza-Rahmenkredits (2009–2012) limitiert, um die Erosion der bilateralen Hilfe zu stoppen.

Darüber versuchte sich der Bundesrat mit einem Griff in die Trickkiste hinwegzusetzen: Er schlug in seinem Bericht vor, in den kommenden acht Jahren rund 400 Millionen Franken mehr für die multilaterale Hilfe auszugeben, aber bis mindestens 2012 dafür kein zusätzliches Geld lockerzumachen. Die Deza müsste also mindestens 90 Millionen Franken bei der bilateralen Hilfe kompensieren. Genau solche Kürzungen wollte das Parlament aber mit der 40-Prozent-Limite verhindern.

### Starkes Signal für 0,5 Prozent

Die Kommission hat mit der Rückweisung des Berichts ein starkes Signal für das 0,5-Prozent-Ziel gesetzt. Der Entscheid fiel mit 17 zu 4 Stimmen bei 3 Enthaltungen deutlich. Ob der Nationalrat nächstes Jahr diesem Beschluss folgt, ist ebenso offen wie die Haltung des Ständerates, dessen Kommission sich Anfang Jahr mit dem Bericht befasst.

Michèle Laubscher

<sup>1</sup> <http://www.news-service.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/17115.pdf>

## 1,7 Milliarden Franken mehr

*ml* Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats beharrt darauf, verbindliche Aussagen über das 0,5-Prozent-Ziel zu erhalten: Wie viele Mittel sind nötig, um das Ziel bis 2015 zu erreichen, wo sollen sie prioritär eingesetzt werden? Die erste Frage hat der Bericht des Bundesrates beantwortet. Von 2010 bis 2012 braucht es zusätzlich 450 Millionen und für die folgenden drei Jahre noch einmal knapp 1,3 Milliarden Franken, unter dem Strich also 1,7 Milliarden Franken.

# Der Primat des Eigennutzes

Verena Winkler **Im Aussenpolitischen Bericht 2009 plädiert der Bundesrat für eine stärkere Unterordnung der Entwicklungszusammenarbeit unter die Schweizer Eigeninteressen. Damit steht er nicht allein: Der Trend zur Instrumentalisierung zeichnet sich auch in anderen europäischen Ländern und bei der EU ab.**

«Wir müssen Entwicklungszusammenarbeit leisten, um uns selbst zu helfen und zu schützen.» Diese Begründung hört man in Europa immer öfter. Praktisch droht eine Unterordnung von Entwicklung unter andere Politiken, weg vom globalen Solidaritätsprinzip und hin zu einem Primat des Eigennutzes.

## Wirtschaftsinteressen als Richtschnur

Exemplarisch hierfür liest sich im Koalitionsvertrag der neuen deutschen Regierung von CDU/FDP: «Aussenwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit müssen besser aufeinander aufbauen und optimal ineinandergreifen. Entwicklungspolitische Entscheidungen müssen die Interessen der deutschen Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes, angemessen berücksichtigen.» Hier zeigt sich eine deutliche Akzentverschiebung weg von früheren Leitmotiven wie Armutsreduzierung, Friedenssicherung, gerechte Gestaltung der Globalisierung, welche die Koalition von SPD-CDU zumindest rhetorisch noch pflegte. Die Ernennung des ehemaligen FDP-Generalsekretärs Horst Niebel zum Entwicklungsminister passt gut dazu: Vor der Wahl hatte sich Niebel für die Liquidierung des Entwicklungsministeriums eingesetzt...

Auch in Frankreich, Österreich, Schweden und anderen EU-Ländern berichten Nichtregierungsorganisationen von der zunehmenden Tendenz zur Instrumentalisierung von Entwicklungszusammenarbeit. Sie manifestiert sich in unterschiedlichen Prägungen. Als die gegenwärtige finnische Regierung 2007 ihr Amt antrat, erklärte sie als Erstes, Entwicklungszusammenarbeit sollte dazu dienen, finnischen Unternehmen neue Investitionsmärkte zu erschliessen. Die Folge war eine neue Prioritätensetzung: Statt Bildung und Gesundheit stehen heute Waldwirtschaft, Wasser und Energie im Vordergrund. Also jene traditionellen Sektoren der Wirtschaft, in denen die finnischen Unternehmen international sehr stark sind.

Als lobenswerte Ausnahmen sind derzeit noch Länder wie Belgien und Grossbritannien zu nennen. Sie richten ihre Entwicklungszusammenarbeit weiterhin stark auf die Armutsreduzierung und nachhaltige Entwicklung aus.

## Wohin gehört die Entwicklungspolitik?

Auf EU-Ebene lässt sich eine Tendenz zur Instrumentalisierung erkennen, wenn über die Stellung der Entwicklungspolitik im neuen institutionellen Gefüge diskutiert wird. Der Lissabonner Reformvertrag, der am 1. Dezember in Kraft trat, gestaltet die Strukturen der EU-Aussenpolitik neu. Kernstück ist die Schaf-



Foto: European Communities

**Trend zur Instrumentalisierung von Entwicklungshilfe: Die EU-Kommission will die Bestimmungen für die entwicklungspolitische Kohärenz massiv aufweichen.**

fung eines gemeinsamen Auswärtigen Dienstes, der die verschiedenen Schienen der EU-Aussenpolitik vereinen soll und personell zu gleichen Teilen von DiplomatinInnen aus den Mitgliedstaaten sowie BeamtenInnen des Ratssekretariats und der EU-Kommission besetzt wird. Im Auswärtigen Dienst werden die Sicherheits- und Aussenpolitik zusammengefasst und der neuen EU-Aussenministerin Catherine Ashton unterstellt.

Während die Handelspolitik in der Hand der EU-Kommission bleibt, ist unklar, was mit der Entwicklungspolitik geschieht. Bleibt sie der Kommission bzw. dem EU-Kommissar für Entwicklung unterstellt (was zu begrüßen wäre, denn es stärkt sie als eigenständigen Politikbereich), oder geht sie im neuen Diplomatischen Dienst auf? Eine Integration von Sicherheits-, Aussen- und Entwicklungspolitik unter einem Dach, so argumentieren die Befürworter, könne die entwicklungspolitische Kohärenz stärken. Wenn man sich die derzeitigen Prioritäten der EU-Mitgliedstaaten anschaut, darf dies allerdings bezweifelt werden.

Absehbar ist vielmehr ein Interessenkonflikt zwischen der Aussen- und Sicherheitspolitik (welche die Interessen der EU in der Welt vertreten) und der Entwicklungszusammenarbeit (welche die Bedürfnisse und Interessen der Entwicklungsländer als Richtschnur nehmen sollte) – auf Kosten der letzteren. Eine Vermischung von Diplomatie und Entwicklungspolitik sollte deshalb um jeden Preis vermieden werden, auch auf institutioneller Ebene.

#### **Aufweichung der Kohärenz**

Ein Trend zur Instrumentalisierung von Entwicklungshilfe lässt sich schliesslich im kürzlich von der EU-Kommission vorgelegten «Whole of the Union»-Ansatz erkennen. Auf Initiative Italiens hat die Kommission darin ein ODA+-Konzept entwickelt,

«Eine Vermischung von Diplomatie und Entwicklungspolitik sollte um jeden Preis vermieden werden – auch auf institutioneller Ebene.»

das nicht mehr nur die staatlichen Gelder der Entwicklungszusammenarbeit (ODA) einbezieht, sondern alle entwicklungsrelevanten Finanzflüsse von Europa nach dem Süden. Also auch Privatinvestitionen, Überweisungen von MigrantInnen und Technologietransfer. Dies würde die Definitionskriterien von ODA verwässern und die Fokussierung auf Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung unterlaufen.

In die gleiche Richtung geht die im «Whole of the Union»-Ansatz vorgeschlagene Aufweichung des Kohärenzkonzepts. Die EU-Kommission schlägt vor, die Zahl der Politikbereiche und Themen, die auf ihre entwicklungspolitische Kohärenz überprüft werden müssen, von zwölf auf fünf zu reduzieren. Klimapolitik, Ernährungssicherheit, Migration, Technologietransfer/Patente und Sicherheit blieben integriert. Entwicklungspolitisch ebenfalls sehr relevante Bereiche wie Handel, Energie, Landwirtschaft und bilaterale Fischereiabkommen aber fielen hinaus.

*Verena Winkler ist Policy Advisor bei Eurostep, einem Netzwerk europäischer NGOs: [www.eurostep.org](http://www.eurostep.org)*

*Zur Kritik am Aussenpolitischen Bericht der Schweiz siehe [www.alliancesud.ch/de/ep/eza/aussenpolitischer-bericht-2009](http://www.alliancesud.ch/de/ep/eza/aussenpolitischer-bericht-2009)*

OECD-Länderbericht

## **Kohärenz: Schweiz ist Klassenletzte**

**Hohe Qualität, aber zu wenig Mittel und Defizite bei der entwicklungspolitischen Kohärenz: So lautet der Befund der OECD über die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz.**

Der Länderbericht des Entwicklungsausschusses der OECD (DAC) enthält viel Lob für die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit. Er bewertet sie als praxisorientiert und innovativ und auch gut auf die Linderung von Armut ausgerichtet. Doch weil sie sich wegen zu vieler Themen verzettelt, drohe die Schweiz diesen Fokus aus den Augen zu verlieren.

Konkret geht es dem DAC um die Konzentration der Wirtschaftshilfe des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) auf fortgeschrittene Entwicklungsländer. Die Schweiz solle die Folgen dieser Neuausrichtung sorgfältig kontrollieren und die Armutsbekämpfung explizit als oberstes Ziel der Entwicklungshilfe definieren, empfiehlt das DAC.

Unzufrieden ist die OECD mit dem Volumen der Schweizer Hilfe. Das DAC ermutigt die Schweiz, bis 2015 das 0,5-Prozent-Ziel zu erreichen, wie es das Parlament beschlossen hat. Bekanntlich will aber der Bundesrat nichts davon wissen (siehe Seite 5). Er wird deshalb auch wenig von der OECD-Empfehlung halten, danach eine Frist für das 0,7-Prozent-Ziel zu setzen.

Schlecht steht es nach Ansicht des DAC um die entwicklungspolitische Kohärenz. Also um das Bemühen, die Politik in Bereichen wie Landwirtschaft, Finanzen oder Migration auf entwicklungspolitische Ziele auszurichten, um die geleistete Hilfe nicht zu untergraben. Laut dem OECD-Entwicklungsausschuss gehört die Schweiz hier zu den Klassenletzten unter den Geberländern: Die Bundesverwaltung verfüge weder über das Verständnis noch über verbindliche Mechanismen, um Fortschritte zu erzielen.

*Michèle Laubscher*

*Eine ausführlichere Würdigung des OECD-Berichts finden Sie unter: [www.alliancesud.ch/de/ep/eza/oecd-laenderbericht-schweiz](http://www.alliancesud.ch/de/ep/eza/oecd-laenderbericht-schweiz)*

# Arme Länder bezahlen für unsere Notvorräte

Michel Egger **Die Schweiz behauptet, sie gewähre Waren aus den ärmsten Ländern den freien Marktzugang. Sie unterschlägt dabei die versteckte Zollgebühr auf Reis-, Kaffee- und Zuckerimporten, mit der sie ihre Notvorratslager finanziert.**



Foto: Zuckerfabriken Aarberg und Frauenfeld AG

**Protektionistisch und ungerecht: 7,6 Millionen Franken zockte die Schweiz 2008 von Zuckerimporten aus Entwicklungsländern ab, um ihre Notvorratslager zu finanzieren.**

Seit dem 1. April 2007 kennt die Schweiz den freien Marktzugang für Waren aus den ärmsten Ländern<sup>1</sup>. Alle Zölle und Kontingente sind seither aufgehoben. Zwar verfügte der Bundesrat bei zwei «sensiblen» Produkten, nämlich Zucker und Bruchreis zu Futterzwecken, zwischenzeitlich Ausnahmen. Doch sie waren temporär und sind dieses Jahr wieder aufgehoben worden.

Die Schweiz schloss sich damit der EU-Initiative «Alles ausser Waffen» zugunsten der ärmsten Länder an und erfüllte einen wichtigen Beschluss der WTO-Ministerkonferenz von Hongkong (2005). Dort hatte der damalige Bundesrat und Wirtschaftsminister Joseph Deiss aufgerufen: «Die entwickelte Welt und die Schwellenländer müssen ihre Quoten und Zölle auf allen Produkten aus weniger fortgeschrittenen Ländern abschaffen.»

## Versteckte Abgabe

Auf dem Papier tönt das alles gut. In Tat und Wahrheit aber erhebt die Schweiz auf allen Importen von Zucker, Reis, Kaffee, Speiseölen und Speisefetten eine versteckte Abgabe – auch auf Einfuhren aus den ärmsten Ländern. Diese Taxe nennt sich «Garantiefondsbeitrag» und dient der Finanzierung der Pflichtlager, die die Landesversorgung bei Kriegen, Naturkatastrophen und anderen Krisen sichern sollen. Die Abgabe ist Teil der bei der WTO angemeldeten Zolltarife. Die Ansätze sind unterschiedlich: Pro 100 Kilo werden bei Reis 4.25 Franken verlangt, bei Kaffee 4.50 Franken und bei Zucker sage und schreibe 16 Franken. Die Schweizer Bauern hingegen müssen diese Abgabe nicht bezahlen.

Die Steuer stammt von 1948. Damals organisierte man nach den Versorgungsproblemen im Zweiten Weltkrieg das

Notvorratssystem neu. Heute ist Réservesuisse, eine private Firma, für die Führung der Pflichtlager zuständig. Sie handelt im Auftrag des Volkswirtschaftsdepartements, welches den Umfang der Lager und die Höhe der Abgaben festlegt. Die Vorräte (sie gehören den Importeuren) müssen den Binnenkonsum für eine bestimmte Zeitperiode sichern: Drei Monate beim Kaffee und je vier Monate bei Speisefetten und Speiseölen, Reis und Zucker (75 000 Tonnen). Letztmals musste die Schweiz bei der Ölkrise 1973 auf die Notreserven zurückgreifen.

### Protektionistisch und inkohärent

Aus entwicklungspolitischer Sicht ist diese Taxe inakzeptabel. Sie widerspricht den formellen Verpflichtungen der Schweiz und unterläuft den angeblich zoll- und quotafreien Marktzugang für Produkte aus den ärmsten Ländern. Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Notvorräte eines der reichsten Länder der Welt mit Zwangsabgaben auf Importen aus sehr armen Ländern wie Äthiopien, den Kapverden oder Bangladesch finanziert werden.

Die Taxe steht auch in krassem Gegensatz zur Entwicklungszusammenarbeit des Staatssekretariates für Wirtschaft (Seco). Dieses will arme Länder wirtschaftlich unterstützen, indem es ihre Exporte in den Norden fördert und ihre Konkurrenzfähigkeit stärkt. Eine Importsteuer zur Finanzierung von Notvorräten aber schwächt die Wettbewerbsfähigkeit vor allem der ärmsten unter ihnen, weil es ihre Produkte künstlich verteuert. Die Präferenzen, die man ihnen beim Marktzugang gewährt, werden so gleich wieder unterlaufen.

Beim Zucker nutzt die Schweiz die Abgabe auch als protektionistische Waffe. Anders ist die massive Erhöhung von 10 auf 16 Franken pro 100 Kilo Zucker im Juni 2007 nicht zu erklären. Sie erfolgte genau zu dem Zeitpunkt, als der Bundesrat wegen einer massiven Importzunahme entschied, die Präferenzzölle auf Zucker aus Entwicklungsländern vorübergehend aufzuheben. Die Abgabe entsprach damals einem Zoll von 50 Prozent. Für die ärmsten Länder ist dies umso nachteiliger, als Zucker eines ihrer wenigen Agrarprodukte mit Marktpotenzial ist.

### Dringender Reformbedarf

Man braucht nicht gleich das ganze System der Pflichtlagerhaltung über den Haufen zu werfen. Aber einige Korrekturen drängen sich auf. So sollte die Schweiz sich klar zum Grundsatz des freien Marktzugangs für die ärmsten Länder bekennen. Das impliziert, Notvorratsgebühren auf Zucker und anderen Nahrungsmittelimporten sofort abzuschaffen. Die ärmsten Länder erhielten so wieder einen kleinen komparativen Vorteil, nachdem ihre Zollpräferenzen beim Zucker praktisch hinfällig geworden sind. Die Schweiz hat den Zuckerkoll per 1. November 2009 auf 2 Franken pro 100 Kilo gesenkt – vor zwei Jahren

betrug er noch 40 Franken. Sie tat dies, weil der Zuckerpreis in der Schweiz (er ist an den EU-Preis gekoppelt) fiel und gleichzeitig der Weltmarktpreis wegen schlechter Ernten in Brasilien und Indien und wegen der Nachfrage der Agrotreibstoffproduzenten massiv anstieg (auf 60 USD pro 100 kg).

Gleichzeitig sollte die Schweiz ihr Allgemeines Präferenzsystem überdenken. Nicht nur die ärmsten, alle Entwicklungsländer sollten von der Notvorratssteuer befreit werden. Schliesslich stellt sich die grundsätzliche Frage, ob die Schweiz überhaupt solche importfinanzierten Zuckervorräte braucht, zumal sie selber mehr als ihren Eigenbedarf produziert. Dieses Jahr wird eine Rekordernte von 270 000 Tonnen erwartet, das sind 45 000 Tonnen mehr, als im Inland konsumiert wird. Die Zuckerrübenproduktion hat sich innerhalb von 15 Jahren verdoppelt, die Anbauflächen wuchsen um 50 Prozent.

Angesichts der bescheidenen Importvolumen (siehe Kasten) wäre eine Aufhebung der Zwangsabgabe für Importe aus Entwicklungsländern finanziell tragbar. Zudem gibt es plausiblere Arten, die Notreserven zu finanzieren, etwa über Steuereinnahmen, wie dies Länder wie Japan oder Korea tun. Die Abschaffung der Importsteuer auf Agrarprodukten aus den ärmsten Ländern aber wäre ein wichtiger Schritt hin zu mehr entwicklungspolitischer Kohärenz in der Handels- und Landwirtschaftspolitik.

1 49 PMA-Länder (*Pays les moins avancés*) plus Demokratische Republik Kongo und Elfenbeinküste

## Verkraftbarer Verlust

Im Jahr 1989 beschloss der Bundesrat Vorzugszölle für Zuckerimporte aus Entwicklungsländern. Die Wirkung war begrenzt: Bis 2006 machten diese Importe bloss 5 bis 10 Prozent der Gesamteinfuhren aus. Der weitaus grösste Teil stammte aus der EU. 2008 kamen 19,8 Prozent der Importe aus dem Süden, davon 12 Prozent aus Brasilien, das wegen seiner Marktpotenzial von keinen Präferenzzöllen profitiert.

Von den 240 000 Tonnen, die die Schweiz 2008 importierte, stammte bloss ein sehr kleiner Teil (303 Tonnen) aus sehr armen Entwicklungsländern (von den Kapverden, aus Dschibuti, Äthiopien und Bangladesch). Die ärmsten Länder exportieren lieber in die EU, weil diese einen Preis garantiert, der höher ist als der Weltmarktpreis. Im September 2012 schafft die EU diese garantierten Preise für sehr arme Länder jedoch ab. Dann könnte der zoll- und kontingentfreie Zugang zum Schweizer Markt für sie interessanter werden. Zudem will die EU ihre Exporte reduzieren, was die Schweiz dazu bringen könnte, mehr Süsstoff aus dem Süden zu beziehen.

Würde die Schweiz die Notvorratssteuer auf Importen aus Entwicklungsländern abschaffen, entgingen ihr 12,3 Millionen Franken (7,6 Mio. beim Zucker, 3,7 Mio. beim Kaffee und 1 Mio. beim Reis). Das macht pro Einwohner und Einwohnerin gut 1,50 Franken aus – ein verkraftbarer Verlust.

«Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Notvorräte eines der reichsten Länder mit Zwangsabgaben auf Importen aus den ärmsten Ländern finanziert werden.»

# Wer profitiert und wer verliert?

Isolda Agazzi **WTO-Chef Lamy und Bundesrätin Leuthard drängen auf einen Abschluss der Doha-Runde – als Medizin gegen die Krise. Vielen Entwicklungsländern aber brächte dies mehr Schaden denn Nutzen. Und solange die WTO mit der Doha-Runde beschäftigt ist, kann sie sich nicht dringenderen Problemen widmen.**



Foto: Keystone

Die WTO-Ministerkonferenz will weiter an der Doha-Runde drehen, doch ein Abbruch wäre entwicklungspolitisch vernünftiger: Protestdemonstration vom 28. November 2009 in Genf.

Vor acht Jahren wurde in Doha die sogenannte «Entwicklungsrunde» für neue Handelsliberalisierungen lanciert, die sogenannte Doha-Runde. Sie sollte die Regeln des Welthandels zugunsten der Länder des Südens verbessern. Allerdings hat sie mit Entwicklungsanliegen schon lange nichts mehr am Hut. Die Verhandlungskarawane hat sich in der Wüste verirrt und enorm verspätet. Statt wie ursprünglich bis Ende 2005, dann 2006 zu enden, wird es nun bestenfalls Ende 2010 einen Abschluss geben.

Aber soll man die Runde überhaupt abschliessen oder nicht besser abrechnen? Die Meinungen der Nichtregierungsorganisationen sind geteilt. Einige sind sich, dass die auf dem Tisch liegenden Vorschläge nicht befriedigen. Trotzdem meinen die einen, man solle das Bad nicht mit dem Kind ausschütten und die Übung nicht einfach abrechnen. «Die erzielten Resultate im Landwirtschaftsdossier sind interessant; man sollte sie nicht leichtfertig aufs Spiel setzen», sagt etwa Mark Halle, Direktor des International Institute für Sustainable Development (IISD) in Genf. So haben sich die entwickelten Länder beispielsweise verpflichtet, alle Exportsubventionen bis 2013 abzuschaffen und ihre internen handelsrelevanten Subventionen zu reduzieren.

## «Rettet die Bauern, nicht Doha»

Ähnlich tönt es beim ICTSD, dem International Centre for Trade and Sustainable Development, das ebenfalls in Genf beheimatet ist. Man verweist dort aber auch auf die Differenzen im Landwirtschaftsdossier. Gestritten wird insbesondere darüber, wie viele Güter als «Spezialprodukte» von Ausnahmeregelungen profitieren dürfen. Als solche gelten jene landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die für die Nahrungsmittelsicherheit, das Überleben der Kleinbauern und die Entwicklung ländlicher Gebiete wesentlich sind und deshalb nicht einem allgemeinen Zollabbau unterliegen.

Angeführt von Indien und Indonesien verlangten 46 Entwicklungsländer, dass mindestens 30 Prozent der Zollansätze im Agrarbereich von der Ausnahmeregelung profitieren können sollen. Später haben sie die Forderung auf 20 Prozent reduziert. Im derzeit vorliegenden Verhandlungstext ist bloss noch von 12 Prozent die Rede.

ICTSD-Direktor Christophe Bellmann findet das akzeptabel. Skeptischer ist er beim zweiten Streitpunkt, der besondere Schutzklausel für Entwicklungsländer. Sie erlaubt zeitlich befristete Zölle auf Agrargütern, falls die Importmengen eine bestimmte Höhe überschreiten oder der Einfuhrpreis massiv sinkt. «Diese Möglichkeit ist derzeit noch an zu viele Bedingungen gebunden und wäre nur schwierig wahrzunehmen», sagt Bellmann.

Auf der andern Seite stehen NGOs, die vom Abschluss der Doha-Runde nichts Positives für die Entwicklungsländer erwarteten. «Rettet die Kleinbauern, nicht Doha» lautet der Slogan von Focus on the Global South, Third World Network und Our World Is Not For Sale. Sie befürchten, dass eine Beschränkung der Spezialprodukte auf 12 Prozent der Zollansätze viele kleine Bauern und Bäuerinnen in den Ruin treiben und die Nahrungssicherheit gefährden würde. Zudem werfen sie den Industrieländern vor, ihre Exportsubventionen nicht wirklich reduziert zu haben. Und sie zeigen auf, dass die Vorschläge der USA und der EU es diesen Ländern gestatten würden, die internen Subventionen sogar noch zu erhöhen.

### Zoff um Industriezölle

Bei den nicht landwirtschaftlichen Produkten, den Industriegütern, wehren sich kritische NGOs insbesondere gegen die «Schweizer Formel». Sie schlägt vor, dass die Industriestaaten ihre Zölle stärker reduzieren sollen als Entwicklungsländer. Eine Analyse des South Centre, eines Thinktank von Regierungen des Südens, zeigt aber, dass wegen der unterschiedlichen Zollstrukturen die ärmeren Länder proportional schlechter wegkämen. Sie müssten ihre Zölle um 54 bis 60 Prozent senken, die Industrieländer aber nur um 30 Prozent. Elf Schwellenländer haben der Formel deshalb als G-11 den Kampf angesagt.

Die Entwicklungsorganisation Oxfam kritisiert, dass das Recht auf Zollerhebung in bestimmten Bereichen drastisch reduziert, ja abgeschafft werden soll. So bei Textilien, Schuhen, Fischerei, Schmucksteinen, Holz- und Energieressourcen. Offiziell spricht man von freiwilligen Massnahmen, doch in Tat und Wahrheit üben die Industrieländer massiven Druck aus. «Das wird zu einer Desindustrialisierung armer Länder führen», warnt Oxfam.

*Einig sind sich die NGOs, dass es das Schlimmste wäre, die Doha-Runde einfach weiterlaufen zu lassen.*

Die amerikanische NGO Carnegie Endowment for International Peace untersuchte, wer vom Abschluss der Doha-Runde beim heutigen Stand profitieren würde. Es wären vor allem die Länder des Nordens und einige Schwellenländer wie Brasilien, Südafrika und China, teilweise auch Indien. Auf die afrikanischen Länder würde sich ein Abschluss neutral bis leicht negativ auswirken, je nach Integration in den Weltmarkt. In Kenia beispielsweise würden die Landwirtschaft und die Nahrungsmittelindustrie profitieren, der Bergbau und andere Industrien aber verlieren. Die Folge wäre eine gewisse Desindustrialisierung mit vielen gesellschaftlichen Begleitkosten.

### Neue Herausforderungen

Einig ist man sich unter den NGOs, dass es das Schlimmste wäre, die Doha-Runde einfach weiterlaufen zu lassen. Dies würde das multilaterale Handelssystem unterminieren und es verunmöglichen, dringendere und aktuellere Probleme anzupacken.

Ein dringendes Thema sind die handelspolitischen Aspekte des Klimawandels. Etwa der Transfer grüner Technologien in den Süden (was die Patentfrage stellt) oder die Regelung des Handels mit umweltschädlichen fossilen Brennstoffen (die oft hoch subventioniert sind). Die WTO sollte auch ihren Umgang mit Agrargütern grundsätzlich überdenken: Die Nahrungsmittelkrise zeigt, dass diese nicht einfach Waren wie alle anderen sind. Weiter gilt es das Verhältnis zwischen dem multilateralen Handelssystem und den bilateralen und regionalen Abkommen (derzeit rund 400) zu überdenken. Und schliesslich braucht es interne Reformen: Die WTO muss effizienter, transparenter und demokratischer werden und die Interessen der Entwicklungsländer besser berücksichtigen. Sonst sind die angesagten Baustellen nicht zu bewältigen.

*Mehr zur Doha-Runde finden Sie unter: [www.alliancesud.ch](http://www.alliancesud.ch)*

## Kommentar

# Abbrechen statt Weiterwursteln

Die Verhandlungen abbrechen und die Verbesserungen zugunsten der Entwicklungsländer übernehmen. Das wäre für Alliance Sud der beste Weg, das Trauerspiel der Doha-Runde zu beenden. Es bedeutete nicht das Ende der WTO: Sie wird in der multilateralen Regelung des weltweiten Handelsaustauschs weiterhin eine wichtige Rolle spielen. Insbesondere mit ihrem Schiedsgerichtsverfahren, von dem immer häufiger die Länder des Südens profitieren.

Anders als es WTO-Chef Pascal Lamy und die Schweizer Handelsministerin behaupten, schadet der Abbruch der Doha-Runde nicht der Glaubwürdigkeit der WTO. Im Gegenteil: Ist eine Organisation, die zugeht, dass sie sich verrannt hat, nicht glaubwürdiger, als wenn sie auf Teufel komm raus Verhandlungen zu Ende führen will, die längst überholt sind?

Ein Ende der Doha-Runde öffnet den Weg, um sich der dringend nötigen Reform

der WTO, ihrer Struktur und ihres Funktionierens zu widmen. Es würde Energien freisetzen, um sich mit den handelspolitischen Aspekten der wirklich dringenden Probleme unseres Planeten zu beschäftigen, der Ernährungssicherheit und der Klimaerwärmung. Hier ist die WTO Teil des Problems, aber auch der Lösung. Sie könnte zeigen, dass das multilaterale Handelssystem die Kernprobleme der Menschen ernst nimmt und zu Lösungen beitragen kann.

# Weiterbildungskurse in Entwicklung und Zusammenarbeit

## Frühjahrssemester 2010

Promoting sustainable livelihood: approaches and practices	23. – 26. Feb.
Urbanisierung: Tendenzen & Folgen der globalen Verstädterung für die EZA	1. – 4. März
Privatsektorförderung	8. – 12. März
Planung und Monitoring von Projekten und Programmen	15. – 19. März
Friedensförderung in der internationalen Zusammenarbeit	22. – 26. März
Evaluation von Projekten und Programmen	6. – 9. April
Kultur und Entwicklung: Die internationale Zusammenarbeit im Spannungsfeld unterschiedlicher kultureller Orientierungen	12. – 16. April
Wirkungsanalysen: Methoden & Anwendungen	20. – 23. April
Organisationsentwicklung in der Entwicklungszusammenarbeit	26. – 30. April
Training für Moderatorinnen und Moderatoren	3. – 7. Mai
Klimawandel und Entwicklungszusammenarbeit	17. – 20. Mai
Industrielle Entwicklung und Umwelt	26. – 28. Mai
Planung und Monitoring von Projekten und Programmen	31. Mai – 4. Juni
Finanzmanagement von Entwicklungsprojekten	8. – 11. Juni

Auskunft über Zulassung und Anmeldung: [www.nadel.ethz.ch](http://www.nadel.ethz.ch)

# Der Schweizer Sitz wackelt

**Die Entwicklungsländer wollen die Karten im Internationalen Währungsfonds neu verteilen. Das bringt die Schweiz in Bedrängnis. Die Strategien, mit denen sie ihren Einfluss sichern will, stehen quer zu den Interessen des Südens.**

Seit dem Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise sind viele Entwicklungsländer wieder auf Kredite des Internationalen Währungsfonds (IWF) angewiesen. In den IWF-Leitungsgremien, die über die politischen Auflagen entscheiden, sind die Länder des Südens jedoch deutlich untervertreten. Das erklärt, warum der Fonds seine Kredite noch immer in vielen Fällen mit harten Sparmassnahmen verbindet. Obwohl drei Viertel der Weltbevölkerung in Entwicklungsländern leben, beträgt deren Stimmrechtsanteil im IWF nur rund 34 Prozent. Von den 24 Exekutivdirektoren stellen sie bloss elf.

In der aktuellen Debatte um die Aufstockung der Mitgliederbeiträge (Länderquoten) fordern die Länder des Südens darum auch eine Erhöhung ihrer Stimmrechtsanteile. Zudem wollen sie erreichen, dass wichtige Entscheide zukünftig nicht nur eine Mehrheit der Stimmen, sondern auch der Mitgliedstaaten benötigen.

Die Industrieländer widersetzen sich dem. Über eine Reform der geltenden Mehrheitsregeln konnte bislang genauso wenig Einigung erzielt werden wie über die Revision der Quoten- und Stimmrechtsanteile. Bis jetzt haben die Industrieländer lediglich einer Quotenverschiebung von fünf Prozent zugunsten der am stärksten untervertretenen Länder zugestimmt. Das würde das Stimmengewicht des Südens nur unwesentlich vergrössern.

## **Der Schweiz droht Verlust**

Die Schweiz dürfte bei einer Neuverteilung der Stimmrechtsanteile zu den Verlierern gehören. Sie ist eines der zehn Länder, die im IWF am stärksten übervertreten sind. Zudem wackelt auch der Schweizer Sitz im Exekutivrat. Denn die USA haben eine Verkleinerung des Rates auf die in den Statuten vorgesehenen 20 Sitze vorgeschlagen und eine gemeinsame Vertretung der EU-Länder in sogenannten konsolidierten Stimmrechtsgruppen gefordert. Polen, bisher Mitglied der Stimmrechtsgruppe der Schweiz, würde dann möglicherweise in eine EU-Gruppe wechseln.

Der Bundesrat hat den Erhalt des Schweizer Einflusses in IWF und Weltbank zur ausserpolitischen Priorität erklärt. Zumal die Schweiz nicht Mitglied der G-20 ist, soll sie ihre ausserpolitischen Interessen wenigstens in den beiden Bretton-Woods-Institutionen vertreten können. Am IWF-Herbsttreffen haben sich Bundesrat Merz und Nationalbank-Chef Roth für eine Ausweitung der bilateralen Zahlungen an die Reservekasse des Fonds, die sogenannten Neuen Kreditvereinbarungen, ausgesprochen. Damit könnte die finanzielle Situation des IWF verbessert werden, ohne dass eine umfassende Quotenreform stattfindet. Die Schweizer Strategie widerspricht allerdings den Interessen der Entwicklungsländer. Diese haben in Istanbul deutlich gemacht, dass die Aufstockung der Neuen Kreditvereinbarungen kein Ersatz für die geforderte Revision der Quoten und Neuverteilung der Stimmrechte sein darf.

---

*Der Bundesrat hat den Erhalt des Schweizer Einflusses in IWF und Weltbank zur ausserpolitischen Priorität erklärt.*

## **Vogel-Strauss-Politik**

Zudem hat Bundesrat Merz statt für eine Verkleinerung des Exekutivrates für dessen Vergrösserung plädiert. Sein Vorschlag dürfte politisch chancenlos sein. Die Verwaltung scheint derzeit primär darauf zu setzen, dass keine Reform des Exekutivrates zustande kommt. Doch das könnte trügerisch sein: Weil die Beibehaltung der aktuell 24 Sitze bei jeder Wahl eine Mehrheit von 85 Prozent aller Stimmen braucht, könnten die USA die Verkleinerung des Rates dank ihrer Sperrminorität sogar unilateral durchsetzen. Die Schweiz wäre deshalb gut beraten, proaktiv neue Allianzen für eine zukünftige Stimmrechtsgruppe zu schmieden.

Als Kandidaten kämen dabei auch Schwellen- und Entwicklungsländer in Frage. Um sie zu gewinnen, müsste die Schweiz im IWF allerdings eine dezidiert andere Politik vertreten. Sie müsste sich stärker für das vom Süden seit Langem geforderte Ländermehr bei wichtigen Abstimmungen und für einen Abbau der harten Auflagen bei Kreditvergaben einsetzen.

*Mark Herkenrath*



### Im Schatten des Zitronenbaums

Die Bildungsstelle von Alliance Sud hat eine Unterrichtseinheit zum Buch «Im Schatten des Zitronenbaums» erarbeitet. Die Autorin Kagiso Lesego Molohe beschreibt darin in anschaulicher Weise die Erlebnisse eines südafrikanischen Schulmädchens im Umbruchjahr 1990.

[www.alliancesud.ch/de/lermmidien](http://www.alliancesud.ch/de/lermmidien)

### Wirtschaft und Menschenrechte

Brot für alle und Fastenopfer haben eine Broschüre zum Thema Menschenrechte und Multis publiziert. Das 30-seitige Büchlein referiert die Diskussionen international und in der Schweiz.

[www.fastenopfer.ch](http://www.fastenopfer.ch); [www.brotfueralle.ch](http://www.brotfueralle.ch)

# Illegitime Schulden

Die Aktion Finanzplatz Schweiz (AFP) zeigt in einer Studie, dass **Odious Debts nicht nur illegitim, sondern auch illegal sind.**

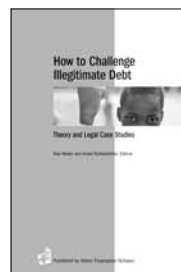
Illegitime Schulden (Odious Debts) sind Schulden aus Krediten, die unter Mitwissen der Gläubiger auf undemokratische Weise zustande gekommen sind. Würden diese Schulden gestrichen, würde sich die Schuldenlast vieler Länder des Südens mit Diktatorenvergangenheit merklich verringern.

Die Aktion Finanzplatz hat verschiedene ExpertInnen beauftragt, Fallbeispiele vermuteter illegitimer Schulden in neun Ländern rechtlich zu beurteilen. Fazit: Die meisten analysierten Schulden sind nicht nur illegitim, sondern auch illegal. Sie versties- sen gegen Verträge und internationale Abkommen und Normen.

Die 120 Seiten starke A4-Publikation liefert nebst den Fallstudien eine detaillierte theoretische Einführung ins Konzept der illegitimen Schulden sowie Vorschläge für

rechtliche Instrumente. Bis heute existiert kein allgemein akzeptiertes Verfahren für die Beurteilung und Streichung dieser Schulden. Die Uno-Konferenz für Entwicklung (Unctad) hat Mitte November einen dreijährigen Konsultationsprozess über «illegitime Schulden und verantwortliche Kreditvergabe» gestartet. Ziel ist es, international anerkannte Richtlinien zu erarbeiten, um illegitime Schulden künftig zu vermeiden. Die AFP-Publikation versteht sich als Beitrag in dieser Debatte.

*Pepo Hofstetter*



**André Rothenbühler und Max Mader (Hg.)**  
**How to Challenge Illegitimate Debts, Theory and Legal Case Studies**  
 Download:  
[www.aktionfinanzplatz.ch](http://www.aktionfinanzplatz.ch)

## Karussell

— **Hanspeter Bundi**, bisher Kommunikationsverantwortlicher bei Brot für alle, arbeitet neu als Texter bei Helvetas. Seine Nachfolgerin bei Brot für alle heisst **Pascale Schnyder**, früher Amnesty International. Von Médecins sans Frontières zu Helvetas wechselt **Anita Baumgartner**. Sie betreut dort das institutionelle Fundraising und ersetzt **Severin Strassky**, der zurück zur Stiftung Terre des hommes Kinderhilfe geht.

— Bei Brot für alle geht **Marianne Frei**, Leiterin Projektdienst der Evangelischen Werke und Mitarbeiterin im Fundraising, in Pension. Ihre Nachfolgerin ist **Dorothea Loosli-Amstutz**, dem Berner Publikum bekannt als Präsidentin des Grossen Rates (2008/2009).

— **Frank Haupt** ist neuer Swissaid-Programmverantwortlicher für den Tschad. Bisher arbeitete er als Koordinator eines Gesundheitsprojekts von SolidarMed in Moçambique. **Ilona Paganoni** absolviert bei Swissaid ein halbmonatiges Praktikum im Bereich Entwicklungspolitik.

— Bei Caritas Schweiz hat **Manuela Born** die neue Stelle «Focal Point internationale Mitfinanzierer» angetreten. **Annette Schifferli** ist neue Delegierte «Head of Education

and Capacity Building» in Somaliland, **Pascal Vlieghe** Delegierter «Natural Disaster Risk Management» in Tadschikistan.

— Caritas Schweiz verlassen haben **Silvio Arndt** (Delegierter Pakistan), **Susanne Peters** (Delegierte Sudan), **Brigitte van Dok** (Programmverantwortliche Tadschikistan Finanzen, Luzern) und **Gabriela Fuchs** (Programmverantwortliche Asien und Europa).

— **Andreas Lustenberger** hat sein Praktikum bei Fastenopfer abgeschlossen. Neu als PraktikantInnen arbeiten beim Hilfswerk **Julia Nöthigerein** (Bereich Süden) und **Stephan Tschirren** (Marketing, Kommunikation und Bildung).

— Bei Heks arbeitet **David Feser** als neuer IT-Supporter. Er folgt auf **Corinne Schuler**, die das Heks verlässt. **Jens Engeli** wird neuer Programmbeauftragter für den Mittleren Osten, **Raymond Hans Rohner** für Äthiopien und Eritrea.

— **Pascal Panosetti** ist neuer Koordinator für die humanitäre Hilfe des SAH in Padang (Indonesien). Zuvor war er für Help (Deutschland) in Myanmar tätig. Neue Co-GeschäftsführerInnen von Peace Brigades International sind **Lisa Salza** und **David Brockhaus**.

**Gerhard Bärtschi**, bisher TearFund, leitet neu bei Mission 21 die Abteilung Internationale Beziehungen. Er ersetzt dort **Albrecht Hieber**.

— **Marco Rossi**, bisher Botschafter in Bolivien, wird neuer Chef des Deza-Teams bei der Schweizer Uno-Mission in New York. Seinen Botschafterjob in La Paz übernimmt **Pascal Aebischer**, bisher Vizedirektor der EDA-Direktion für Ressourcen und Aussennetz (Chef Finanzen und Logistik). **Franziska Heizmann**, bisher Assistenzkoordinatorin im Kobü in Damaskus, wird neu Sicherheitsbeauftragte im Stab der Humanitären Hilfe. **Dimka Stantchev** wechselt als Programmbeauftragter von der Abteilung Westafrika zu den Institutionellen Partnerschaften. In der Abteilung Ost- und Südliches Afrika arbeiten neu **Deborah Kern** (als Programmbeauftragte) und **Arthur Marx** (als Politikberater). **Anne Lugon Moulin**, bisher stv. Direktorin am Basel Institute for Governance, wird neue stv. Chefin der Abteilung Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS). **Markus Glatz** schliesslich, bisher in der Qualitätssicherung und Controlling des Bereichs Globale Zusammenarbeit tätig, wird neu Programmbeauftragter in der Abteilung Lateinamerika.

# Versuchskaninchen Mensch



**Am Menschen getestet / Sonja Shah; München: Redline, 2008; 304 S.**

Wie die Pharmaindustrie die Ärmsten der Welt für Medikamententests missbraucht, beschreibt Sonia Shah in ihrem Buch «Am Menschen getestet!». Anhand gut belegter Fallbeispiele zeigt die Wissenschaftsjournalistin, dass internationale rechtliche und ethische Standards systematisch ignoriert werden.

Um in Europa oder den USA einen klinischen Test durchzuführen, muss die jeweilige Aufsichtsbehörde über vorangegangene Labor- und Tierversuche informiert werden.

Ausserdem muss die geplante Verabreichung von Medikamenten an Menschen detailliert beschrieben werden. Versuchsreihen in anderen Teilen der Welt werden hingegen kaum überwacht. Erfolgreiche Tests werden auch im Nachhinein nicht untersucht, da die mit einer Markteinführung verbundenen Kontrollen nicht stattfinden.

Besonderes Augenmerk legt die Autorin auf die Freiwilligkeit der Versuchspersonen. Während im Westen bis zur Hälfte der Leute aus einem Test aussteigen, tut das im Süden kaum jemand. Sonia Shah interpretiert dies als Beleg dafür, dass sich die Personen im Süden der Freiwilligkeit ihrer Teilnahme nicht bewusst sind. Sie fordert, dass die freiwillige Teilnahme nach der Information über Risiken erneut bestätigt werden muss.

*Das Buch ist im Dokumentationszentrum ausleihbar. Signatur: Nc/8*

### **Forschung zu tropischen Krankheiten**

Eine gute Ergänzung zum vorgestellten Buch ist die Broschüre «Eine Unterlassungssünde» der Erklärung von Bern (EvB). Sie erläutert die laufende Diskussion über die pharmazeutische Forschung zu Krankheiten, die vor allem die Entwicklungsländer betreffen.

[www.evb.ch/p25015045.html](http://www.evb.ch/p25015045.html)

### **Pharmaindustrie im Blickfeld**

Die BUKO-Pharma-Kampagne beobachtet seit 1981 die Aktivitäten der deutschen Pharmaindustrie in Entwicklungsländern. Im Fokus stehen die Pharmaforschung, die Nützlichkeit der exportierten Medikamente, der Zugang dazu und auch die negativen gesundheitlichen Auswirkungen von Armut.

[www.bukopharma.de](http://www.bukopharma.de)

### **Essenzielle Medikamente**

Wie die WHO geht auch Health Action International davon aus, dass mit weniger als 350 Medikamenten 90 Prozent aller Krankheiten bekämpft werden können. Allen Menschen weltweit den Zugang zu dieser essenziellen Medizin zu verschaffen, ist das Ziel des in den Niederlanden beheimateten globalen Netzwerkes.

[www.haiweb.org](http://www.haiweb.org)

### **Alliance-Sud-Katalog**

Mit den Schlagworten «Pharmazeutische Industrie» oder «Arzneimittel» finden Sie zahlreiche Fachartikel aus dem Bestand des Dokumentationszentrums von Alliance Sud.

<http://katalog.alliancesud.ch>

*Verantwortlich für diese Seite: Dokumentationszentrum Bern*

## Zeitschriften-Lese(n)



### **Frühkindliche Erziehung – ein Kinderrecht**

«ila», November 2009, wirft ein Licht auf die Betreuung und Erziehung von Kindern im vorschulpflichtigen Alter in verschiedenen Ländern Lateinamerikas. Als Beispiel sei Kolumbien herausgegriffen, das die Schwächen staatlicher Einrichtungen mit

dem Modell der «Gemeindemütter» zu überwinden sucht. Unterbezahlt, ohne formelle Anerkennung und doppelt belastet, betreuen sie wochentags bei sich zu Hause nebst den eigenen auch fremde Kinder.

[www.ila-web.de](http://www.ila-web.de)

### **Frauen – Friedensstifterinnen in Kolumbien**

Einer anderen Facette des Wirkens von Frauen in Kolumbien ist der «Kolumbien-Monatsbericht», November 2009, gewidmet. Vor dem Hintergrund des über vierzig Jahre dauernden internen Konflikts wird die von Vergewaltigung und Vertreibung geprägte Lebenssituation von Frauen beschrieben. Im Zentrum aber steht der Beitrag der Frauenfriedensbewegung, die auch von der Schweiz unterstützt wird.

[www.askonline.ch](http://www.askonline.ch)

## **Dokumentationszentrum Bern – wo Sie mit Ihrer Informationssuche richtig sind:**

### *Standort*

Monbijoustrasse 31,  
3011 Bern

### *Telefon*

031 390 93 37

### *E-Mail*

[dokumentation@alliancesud.ch](mailto:dokumentation@alliancesud.ch)

### *Internet*

[www.alliancesud.ch/dokumentation](http://www.alliancesud.ch/dokumentation)

33 Millionen

Zahlen und Fakten

Ausländische Firmen und Fonds haben in Afrika in den letzten Jahren 33 Millionen Hektar Ackerland erworben. Auf dem gleichen Kontinent leiden 265 Millionen Menschen an Hunger.

50 Prozent

In den USA und Europa werden 30 bis 50 Prozent aller Lebensmittel nicht gegessen, sondern weggeworfen – von Handel, Restaurants und Einzelhaushalten.

7 von 10

7 von 10 Hungernen sind weiblichen Geschlechts. Sie werden bei Land- und Erbrechten, beim Zugang zu Saatgut, Krediten und Lebensmitteln benachteiligt.

[www.alliancesud.ch](http://www.alliancesud.ch)



## Kinder dieser Welt erzählen

**DVD mit sieben Dokumentarfilmen aus Asien, Europa und Lateinamerika, in denen Kinder aus ihrem Leben erzählen.**

Die neue DVD der Bildungsstelle von Alliance Sud und von Filme für eine Welt enthält sieben halbstündige Dokumentarfilme. Darin erzählen Kinder aus unterschiedlichen Ländern (darunter der Schweiz) und Milieus, wie sie leben, wohnen, essen, arbeiten, spielen, zur Schule gehen. Sie geben Einblick in ihre Freuden und Sorgen, Träume und Nöte. Das didaktische Begleitmaterial fokussiert auf verschiedene Kinderrechte, die dabei zur Sprache kommen. So das Recht auf Schule oder Geborgenheit, auf Gesundheit oder auf Freizeit.

### Kinder dieser Welt erzählen

DVD-Video mit 7 Dokumentarfilmen (200 Min.)

DVD-Rom mit didaktischem Begleitmaterial, Hintergrundinformationen, Unterrichtsvorschlägen und Arbeitsblätter.

Empfohlen für Mittelstufe, Oberstufe, Sek. I. Preis: Fr. 60.–

Bezug: Stiftung Bildung und Entwicklung, [mail@globaleducation.ch](mailto:mail@globaleducation.ch)

**GLOBAL+** Postfach 6735 | 3001 Bern | Telefon 031 390 93 30  
E-Mail: [globalplus@alliancesud.ch](mailto:globalplus@alliancesud.ch)